

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eduard Oswald, Meinrad Belle, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Hansjürgen Doss, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Michael Meister, Günter Nooke, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Dr. Wolfgang Schäuble, Wilhelm Josef Sebastian, Dorothea Störr-Ritter, Gert Willner und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Auswirkungen des bilateralen Landverkehrsabkommens Schweiz – EU auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland**

Am 21. Juni 1999 haben die Schweiz und die Europäische Union sieben bilaterale Abkommen unterzeichnet, wozu auch das so genannte Landverkehrsabkommen gehört. Das Landverkehrsabkommen ergänzt das noch bis Anfang 2005 geltende Transitabkommen von 1992 und löst es danach ab. Die Verabschiedung der bilateralen Abkommen und der dazu gehörenden Gesetzesanpassungen sowie der flankierenden Maßnahmen erfolgte durch das Schweizer Parlament am 8. Oktober 1999. Am 21. Mai 2000 ist in der Schweiz die notwendige Volksabstimmung angesetzt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann beabsichtigt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag das Gesetz zur Ratifizierung der sieben bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, insbesondere das Landverkehrsabkommen, zuzuleiten?
2. Kann nach dem derzeitigen Stand der Ratifizierungsgesetzgebung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union davon ausgegangen werden, dass die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, insbesondere des Landverkehrsabkommen, wie geplant zum 1. Januar 2001 in Kraft treten?
3. Wie wird sich das Güterverkehrsaufkommen auf den deutschen Zufahrtstrecken zur Schweiz entwickeln, wenn ab dem 1. Januar 2001 das zugelassene Gesamtgewicht für LKW im alpenquerenden Transitverkehr durch die Schweiz auf 34 Tonnen angehoben wird, in den Jahren 2001 bis 2005 schrittweise erhöhte Kontingente für 40-Tonnen-Fahrzeuge eingeführt werden und im Jahr 2005 generell 40-Tonnen-Fahrzeuge im alpenquerenden Transitverkehr durch die Schweiz zugelassen werden?

4. Mit welchen Zunahmen des Güterverkehrs ist in den Jahren 2001 bis 2005 und ab dem Jahr 2005 auf den Bundesautobahnen A 5 und A 81 sowie den Bundesstraßen B 33 und B 34 infolge des Inkrafttretens des Landverkehrsabkommens mit der Schweiz zu rechnen?
5. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Bundesautobahnen A 5 und A 81 sowie die Bundesstraßen B 33 und B 34 für den zusätzlich zu erwartenden Güterverkehr zu ertüchtigen?
6. Beabsichtigt die Bundesregierung bei der geplanten Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 von Offenburg bis zum Autobahndreieck Neuenburg in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen und ist sie bereit, die entsprechenden Planungsarbeiten in Auftrag zu geben?
7. Wird die Bundesregierung bei der geplanten Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 von Offenburg bis Freiburg in den vordringlichen Bedarf und die Strecke Freiburg–Weil am Rhein in den Bedarfsplan aufnehmen, wenn das Land Baden-Württemberg dies beantragt?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den alpenquerenden Güterverkehr stärker auf die Schiene zu verlagern?
9. Welche Anteile des auf den Nord-Süd-Verbindungen in Baden-Württemberg zu erwartenden zusätzlichen alpenquerenden Güterverkehrs in den kommenden Jahren können nach Auffassung der Bundesregierung bei optimalem Ausbau der Bahnzulaufstrecken auf die Schiene verlagert werden?
10. Wie kann sichergestellt werden, dass der durchgehende viergleisige Ausbau der Rheintalstrecke von Offenburg bis Basel bis zum Jahr 2012 erfolgt, um auf deutscher Seite einen optimalen Anschluss an das Schweizer Neatsystem mit den neuen bis dahin in Betrieb genommenen Basistunneln am Lötschberg und am Gotthard sicherzustellen?
11. Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Deutsche Bahn AG die für den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel notwendigen Planrechtsverfahren einleiten?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für einen zeitgerechten viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn von Offenburg bis Basel bis zum Jahr 2012, wenn nach Angaben der Deutschen Bahn AG das Planrechtsverfahren für den längsten Streckenabschnitt zwischen Kenzingen und Schliengen erst nach dem Jahr 2004 eingeleitet werden soll?  
Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bahn AG dahingehend einzuwirken, dass diese zu einem früheren Zeitpunkt die Einleitung der Planrechtsverfahren vornimmt?
13. Welche Planungsmittel stehen der Deutschen Bahn AG derzeit zur Verfügung, um die erforderlichen Planrechtsverfahren für den durchgehenden viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel durchzuführen?
14. Welche Mittel sind im derzeit laufenden Investitionsprogramm Schiene für den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn in Baden-Württemberg vorgesehen?  
Welche Mittel plant die Bundesregierung nach der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans in einem neuen Investitionsprogramm ab 2003 hierfür bereitzustellen?

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten für einen Ausbau der Gäubahn Stuttgart–Singen–Zürich und der Südbahn Ulm–Friedrichshafen (–Lindau) zu weiteren Nord-Süd-Schienenverbindungen, die die Rheinstalstrecke entlasten könnten, und deren Integration in das Netz der europäischen Fernstrecken und gibt es Planungen, die Gäubahn schrittweise auf zwei Gleise auszubauen und die Südbahn zu elektrifizieren? Wann ist mit der Realisierung zu rechnen?
16. Wird die Bundesregierung aus dem neuen „Anti-Stau-Programm“ Mittel für den Ausbau der Schieneninfrastruktur für die Zulaufstrecken zur Schweiz zur Verfügung stellen?  
Wenn ja, in welcher Höhe und für welche Einzelmaßnahmen?

Berlin, den 22. Februar 2000

**Peter Weiß (Emmendingen)**  
**Dirk Fischer (Hamburg)**  
**Dr.-Ing. Dietmar Kansy**  
**Eduard Oswald**  
**Meinrad Belle**  
**Renate Blank**  
**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**  
**Georg Brunnhuber**  
**Wolfgang Dehnel**  
**Hubert Deittert**  
**Thomas Dörflinger**  
**Hansjürgen Doss**  
**Peter Götz**  
**Manfred Heise**  
**Hans Jochen Henke**  
**Volker Kauder**  
**Norbert Königshofen**  
**Peter Letzgus**  
**Eduard Lintner**  
**Dr. Michael Meister**  
**Günter Nooke**  
**Norbert Otto (Erfurt)**  
**Hans-Peter Repnik**  
**Hannelore Rönsch (Wiesbaden)**  
**Wilhelm Josef Sebastian**  
**Dorothea Störr-Ritter**  
**Gert Willner**  
**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

